

# Energiepolitik

PETER PALINKAS

Versorgungssicherheit, Liberalisierung des Energiebinnenmarkts und nachhaltige Entwicklung waren die vorrangigen Ziele der Energiepolitik der Europäischen Union (EU).

## *Die wichtigsten Indikatoren im Energiesektor<sup>1</sup>*

Zwar war das prioritäre Ziel Versorgungssicherheit nicht direkt gefährdet, doch haben nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die Ölpreise für einige Tage gravierende Steigerungen aufgewiesen und damit die Achillesferse der westeuropäischen und auch der US-Energiepolitik wiederum deutlich gemacht, nämlich die hohe Importabhängigkeit und damit das deutliche Gefahrenpotential im Bereich der Energieversorgungssicherheit.

Der Energiesektor in der EU ist aufs engste mit dem Weltenergiemarkt verknüpft: Von der gesamten Weltprimärenergieproduktion entfielen im Jahr 1999 (neue internationale Daten liegen noch nicht vor) nur 8% auf die EU; bei der gesamten Weltenergienachfrage im Jahre 1999 betrug der EU-Anteil jedoch 15% – womit beim Vergleich die hohe Energieimportabhängigkeit der EU deutlich wird. Die EU bleibt damit der größte Energieimporteur der Welt, mit einer jährlichen Ausweitung des Energieimports von etwa 1% seit 1990. Die Energieimportabhängigkeit der EU blieb mit 47,6% seit 1990 in etwa unverändert. Die jüngste Entwicklung des Energiesektors lässt sich mittels einiger Energieindikatoren aufzeigen:

- Bei der heimischen Energieproduktion war 1999 die Kernenergie mit 220,5 MTROE (Millionen Tonnen Rohöleinheiten) der stärkste Energieträger (Anteil von 28,6%), gefolgt von Erdgas, Erdöl und Steinkohle.
- Beim Energieverbrauch lag 1999 das Schwergewicht unverändert beim Erdöl (595,91 MTROE, umgerechnet etwa 41,3% des Gesamtverbrauchs).
- Der Energieverbrauch der EU ist zwischen 1990 und 1999 (Effekte der EU-Erweiterung herausgerechnet) durchschnittlich um 1,3% p.a. gestiegen – deutlich geringer als der durchschnittliche Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,8% p.a., sodass sich die EU-Energieintensität entsprechend um 0,8% p.a. von 1990 bis 1999 verbesserte. Zur Verbesserung der Energieintensität trugen vor allem die Industrie und die Kraftwirtschaft (Elektrizitätserzeugung), kaum die anderen Bereiche (Wärmeerzeugung für Heizung, Transport), bei.
- Beim Energie-Bruttoinlandsverbrauch in der EU ist der Anteil der festen Brennstoffe (Kohle etc.) in den letzten Jahren trendmäßig deutlich gesunken, während

der Anteil der Kohlenwasserstoffe (Öl und Gas) sich erhöhte, wobei besonders der Anstieg im Gasbereich sehr deutlich ausfiel. Auch die anderen Energieträger (Kernenergie, Wasserkraft, Wind und Nettoimporte von Elektrizität) konnten ihren Anteil in den letzten Jahren in der Gemeinschaft kontinuierlich erhöhen.

- Der Pro-Kopf-Energieverbrauch lag 1999 mit 3,83 Tonnen Öl-Einheiten (toe) noch nicht einmal halb so hoch wie in den USA.
- Ebenso wie beim Pro-Kopf-Energieverbrauch weist die EU mit 8,196 kg CO<sub>2</sub>/Kopf deutlich günstigere Werte als die USA auf (20,715 kg CO<sub>2</sub>/Kopf).

Bei einem Überblick über die Energieindikatoren für die Gemeinschaft insgesamt darf nicht außer Acht gelassen werden, dass zwischen den 15 EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Energieproduktion, -verbrauch, -abhängigkeit und Organisation des Energiesektors jedoch deutliche strukturelle Unterschiede bestehen.

### *Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit*

Die EU-Energiepolitik orientierte sich an den längerfristig ausgerichteten Energiezielen, wie sie bereits 1995 im „Weißbuch für eine Energiepolitik für die Europäische Union“ (KOM (95) 682 endg.) festgelegt wurden.<sup>2</sup> In Fortführung des bis Ende 2002 laufenden Rahmenprogramms für Energie, hat die Kommission ein mehrjähriges Förderprogramm „Intelligente Energie für Europa (2003-2006)“ vorgeschlagen (KOM (2002) 162 endg.), das derzeit auf EU-Ebene diskutiert wird. Mit diesem Programm sollen insbesondere die Energieeffizienzen und erneuerbare Energien gefördert werden.

Seit Vorlage des Grünbuchs zur Energieversorgungssicherheit im November 2000 (KOM (2002) 767 endg.) wird auf EU-Ebene – auch unter Teilnahme der Öffentlichkeit in einem interaktiven Dialog<sup>3</sup> – eine umfassende Debatte über die Sicherung der Energieversorgung der EU geführt<sup>4</sup>, die zuletzt ein bestimmendes Thema auf dem Energierat am 7.6.2002 war.

Die Förderung erneuerbarer Energien gehört zu den prioritären Zielen der Energiepolitik. Angestrebt wird eine Verdoppelung ihres Anteils an der Energiebilanz von 6% auf 12% und eine Steigerung von 14% auf 22% bei der Stromerzeugung bis zum Jahre 2010 (siehe auch Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Abl. L 283/2001, S. 33 ff.). Die Fördermechanismen sind noch nicht EU-weit geregelt; eine Rechtsangleichung soll – nach Auswertung der Erfahrungen in den einzelnen Ländern – erst später erfolgen.

Das deutsche Fördersystem und Abnahmewang sind durch die EuGH-Entscheidung vom 13. März 2001 abgesegnet.

### *EGKS-Vertrag und Kohlepolitik*

Der nur befristete (im Gegensatz zu den unbefristeten EWG- bzw. EURATOM-Verträgen), auf 50 Jahre geschlossene Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) ist am 23. Juli 2002 ausgelaufen. Die Sektoren Kohle und Stahl sind damit in die allgemeinen Vorschriften des EU-Vertrags überführt worden.

Der Rat der EU-Energieminister hat am 7. Juni 2002 eine Verordnung über einen Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau verabschiedet. Damit können in der EU – insbesondere in Deutschland – bis Ende 2010 weitere Hilfen für diesen Sektor gewährt werden.

#### *Liberalisierung des Energiebinnenmarkts*

Die Elektrizitäts- bzw. Gasmärkte der Gemeinschaft waren durch die Umsetzung der entsprechenden Richtlinien zur Schaffung eines Binnenmarkts für Elektrizität bzw. Gas gekennzeichnet.<sup>5</sup> Im Frühjahr 2001 schlug die Kommission eine Reihe neuer Maßnahmen mit dem Ziel einer vollständigen Öffnung der Binnenmärkte für Erdgas und Elektrizität bis 2005 vor. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sehen vor allem eine Straffung des Zeitplans vor, eine Verbesserung des Umfelds für einen echten und fairen Wettbewerb, weitere Effizienzsteigerungen, Preisminderungen, eine höhere Dienstleistungsqualität, die Verschärfung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und die Verbesserung der Versorgungssicherheit sowie die Schaffung eines echten einheitlichen Markts. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen, die einschneidende Änderungen darstellen, werden derzeit zwischen Rat und Europäischem Parlament intensiv diskutiert und werden voraussichtlich zum Jahresende 2002 im Kraft treten.

#### *Energie, Umwelt und internationale Energie-Kooperation*

Für die Gemeinschaft stehen eine Reihe wichtiger Entscheidungen in Bezug auf den Treibhauseffekt und internationale Kooperation noch aus. Auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997 hat die Gemeinschaft sich verpflichtet, 2008-2012 ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 um 8% zu reduzieren. Am 31. Mai 2002 hat die EU das Kyoto-Protokoll offiziell ratifiziert.

Nach dem Rückzug der USA von den Kyoto-Verpflichtungen, haben sich die übrigen westlichen Industriestaaten (vor allem die EU und Japan) auf den Kyoto-Folgekonferenzen im Juli 2001 in Bonn und im November 2001 in Marrakesch auf die praktische Umsetzung des Kyoto-Protokolls geeinigt. Hierzu gehört insbesondere die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen: Emissionstrading (ET), Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI). Insbesondere emissionstrading soll schon kurzfristig auf EU-Ebene eingeführt werden. Entsprechend einem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission (KOM (201) 581 endg.) vom 23. Oktober 2001, der im Europäischen Parlament, in Industriekreisen und in den nationalen Regierungen (insbesondere in Deutschland) derzeit sehr kontrovers diskutiert wird, soll ab dem Jahr 2005 auf Unternehmensebene EU-weit ein Handel mit Zertifikaten betreffend CO<sub>2</sub>-Emissionen („emission rights“) eingeführt werden.

Diskutiert wird derzeit auf europäischer Ebene auch über eine umfassende Kooperation mit den im Umbruch befindlichen osteuropäischen Ländern, insbesondere auf energie- und umweltpolitischem Gebiet. Mit Russland, einem der wichtigsten Partner für die gegenwärtige und zukünftige Energieversorgungssicherheit, wurde

auf dem EU-Russland-Gipfel am 29. Mai 2002 die Aufnahme eines intensiven Energiedialogs vereinbart.

Ein besonderes Augenmerk richtete sich in den letzten Monaten auf die Zusammenarbeit im Nuklearsektor mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Neuen Unabhängigen Staaten. Es laufen zur Zeit Verhandlungen der EU mit Litauen über die Abschaltung des Kernkraftwerks Ignalina (Tschernobyl-Typ). Mit Bulgarien sind bereits Vereinbarungen über die Stilllegung der Blöcke 1-4 des Kernkraftwerks Kosloduy (bei gleichzeitiger Gewährung von EURATOM-Anleihen an Bulgarien zur Fertigstellung der Blöcke 5 und 6 mit höherem Sicherheitsniveau) getroffen worden.

### *Rückblick und Ausblick*

Ein Blick auf die EU-Energiepolitik zeigt, dass der etwa bis Mitte der 80er Jahre (Tschernobyl-Unfall im Jahre 1986) bestehende Konsens in der Energiepolitik heute nicht mehr gegeben ist. Unstrittig ist jedoch zwischen den politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene (Kommission, Europäisches Parlament und Rat), dass die Verfolgung der drei vorrangigen Ziele der EU-Energiepolitik – nämlich Versorgungssicherheit, Liberalisierung des Energiebinnenmarkts und nachhaltige Entwicklung – weiter Anstrengungen verlangt. Auch das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung im Energiesektor bedarf einschneidender Maßnahmen. In Verbindung mit einer schon seit langem diskutierten allgemeinen Energiesteuer auf EU-Ebene könnten dann auch deutlichere Schritte als bisher zur Reduzierung der Klimagefahren eingeleitet werden. Trotz der mangelnden Bereitschaft der USA zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls, will die EU mit ihrer Anstrengung zur Reduzierung der Klimagefahren fortfahren. Hierzu zählt der von der EU vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, der derzeit sehr kontrovers diskutiert wird.

### Anmerkungen

1. Die Zahlenangaben basieren auf Angaben von EUROSTAT bzw. der Europäischen Kommission (2001 Annual Energy Review, January 2002, Luxembourg 2002).
2. Ausführlich Palinkas, Peter: Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, S. 153-158.
3. Email-Anschrift für Dialog (Kommentare Vorschläge zur Energieversorgungssicherheit: [tren-debate@cec.eu.int](mailto:tren-debate@cec.eu.int), Fax: +32/2/2956118, Webseite: [http://www.europa.eu.int/comm/energy\\_transport/de/lpi\\_ev\\_de1.html](http://www.europa.eu.int/comm/energy_transport/de/lpi_ev_de1.html).
4. siehe Fußnote 2.
5. (Richtlinien 96/92/EG, Abl. No. L 027 vom 30.1.1997 bzw. 98/30/EG, Abl. No. L 204 vom 21.7.1998). Ausführlich Palinkas, Peter: Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, S. 161-166.

### Weiterführende Literatur

Hinweis: Viele Informationen über Politiken der EU (auch Energiepolitik) sind über den Europa-server im Internet erhältlich: <http://www.europa.eu.int> oder über den Server des Europäischen Parlaments: <http://www.europarl.eu.int>.

Alle aktuellen Informationen zur Energiepolitik mit zahlreichen Links zu weiteren Informationsquellen sind über die Homepage der Europäischen Energie-Stiftung (FEE: Foundation Européenne de l'Énergie) zugänglich: <http://www.f-e-e.org>.